



Aufeinander zugehen

Liebe Leserinnen und Leser,

bei einer gelungenen Integration leben Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener religiöser Überzeugungen gut zusammen. Sie finden vor Ort und konkret zwischen einzelnen Personen im alltäglichen Umgang miteinander statt und ist dabei mehr als tolerante Duldung oder einseitige Anpassung.

Es geht dabei um eine der kompliziertesten innenpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Wir brauchen mehr gegenseitige Anerkennung und Wissen übereinander. Migrantinnen und Migranten benötigen das Signal: »Ihr gehört dazu« – und die Einheimischen das Gefühl: »Sie wollen dazugehören«. Beide Seiten, Deutsche und Nicht-Deutsche, müssen aktiv werden, aufeinander zugehen und sich füreinander interessieren. Da dies insbesondere »vor Ort« geschieht, zählt Integration zu den vorrangigen Aufgaben der Kommunalpolitik. Während die Verwaltung professionell auch mit den Themen der Migration befasst ist, müssen sich die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker den Aufgabenkomplex Integration bewusst aneignen. Sie müssen den Zugewanderten den Weg in die demokratische Mitwirkung öffnen. In den Kommunen sind die Auswirkungen erfolgreicher, aber auch misslungener Integration am unmittelbarsten zu spüren.

Ein Bewusstseinswandel und beidseitige Anstrengungen sind erforderlich. Dabei geht es nicht nur um das Bedürfnis und die Notwendigkeit eines harmonischen Zusammenlebens. Bedingt durch den demografischen Wandel braucht Deutschland Zuwanderung. Der heute schon spürbare Mangel an Fachkräften, die Sicherung der Dynamik unserer Wirtschaft und die Finanzierung unserer Systeme der sozialen Sicherung sind Gründe für eine gezielte Einwanderungspolitik. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gestalten die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend mit. Wir können es uns nicht leisten, ihre Potenziale und Möglichkeiten der Mitwirkung zu vernachlässigen. Deshalb ist es höchste Zeit, den Begriff Integration positiv, konstruktiv und zukunftsorientiert zu belegen.

Ihr Jörg Rommelfanger
Herausgeber

Aus den Fehlern von 2015 gelernt

Den Geflüchteten aus der Ukraine werden bessere Möglichkeiten für eine Integration geboten

Von Klaus Gertoberens

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass drei Faktoren eine zentrale Rolle für die Integration von Menschen in einem neuen Land spielen: die Fähigkeit, Arbeit zu finden und für sich selbst zu sorgen, die Stärke von sozialen Kontakten und die Kenntnis der einheimischen Sprache.

Über eine Million Ukrainer und Ukrainerinnen sind seit Beginn des Krieges nach Deutschland gekommen – für viele fast unbemerkt. Anders als 2015 und 2016 hat die Zuwanderung das Land nicht gespalten und konnte von Populisten – zumindest bisher – nicht missbraucht werden.

Der Prozess der Integration der geflüchteten Menschen aus der Ukraine ist eine ungewöhnliche und beeindruckende Erfolgsgeschichte. Anders als von manchen behauptet, liegt dieser Erfolg nicht am Geschlecht – Frauen tun sich nicht per se leichter mit der Integration als Männer, zumal viele Ukrainerinnen mit minderjährigen Kindern kommen, die nicht selten traumatisiert sind und Hilfe benötigen. Der Erfolg einer Integration hat auch nichts mit der Hautfarbe oder

Religion oder einer vermeintlich größeren kulturellen Nähe zu tun. Der wichtigste Unterschied, wieso sich Geflüchtete nach 2015 so viel schwerer mit der Integration getan haben als die Menschen aus der Ukraine heute, ist das Lernen der Institutionen hierzulande aus der Erfahrung und den Fehlern der Vergangenheit.

Die Grundlage für eine erfolgreiche Integration lag und liegt in einer anderen Willkommenskultur und einer klaren Zukunftsperspektive für die Geflüchteten. Sie werden schnell anerkannt, ohne Antrag, können arbeiten, haben Anspruch auf soziale Leistungen und können ihre Kinder zur Schule oder in die Kita schicken. Die Arbeitssuche wird durch die bessere Anerkennung von Qualifikationen erleichtert. Die meisten Geflüchteten aus der Ukraine leben nicht in Unterkünften für Geflüchtete – wie das bei so vielen Syrerinnen und Syrern nach 2015 häufig der Fall war –, sondern schon jetzt in privaten Wohnungen. So traumatisiert viele auch sind: Viele erhalten schnell die wichtigste Unterstützung und Möglichkeit, sich zumindest temporär ein neues Zuhause aufbauen zu können.

Dies wäre nicht möglich ohne die Hunderttausenden von Freiwilligen, die alles Erdenkliche tun, um zu helfen und

Anders als Migranten aus anderen Staaten müssen ukrainische Geflüchtete keinen Asylantrag stellen. Sie werden über die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie aufgenommen, haben mit Registrierung in Deutschland Anspruch auf Sozialleistungen, erhalten also Hartz-IV-Sätze und damit mehr Geld als Asylbewerber.

mit viel Flexibilität den geflüchteten Menschen die Integration zu ermöglichen. Sie erhalten dafür häufig zu wenig Anerkennung. Ebenso wie die Kommunen, die die Hauptlast stemmen. Dafür erhalten sie zu wenig Geld von ihren Bundesländern und vom Bund. Bund und Länder müssen dringend die Kommunen besser ausstatten.

Aktuell gilt es, vor allem die Unterbringungskrise zu meistern. Auf allen Entscheidungsebenen ist es nach 2015 und 2016 verpasst worden, Lehren für eine bessere Verteilung und Wohnungspolitik zu ziehen. Natürlich gibt es kein Patentrezept. Gerade in Ballungszentren kann nicht beliebig viel Wohnraum vorgehalten werden. Deswegen braucht es kreative Lösungen, etwa Zwischennutzungskonzepte oder Vormietverträge für Gebäude, die leer stehen und in den kommenden Jahren umgebaut werden sollen.

Eine Lehre aus der aktuellen Situation muss sein, sich für die Zukunft besser vorzubereiten. Die nächste Flüchtlingswelle wird kommen.



Klaus Gertoberens (* 1951) ist Chefredakteur von Flechtwerk. Der diplomierte Betriebswirt und Politologe hat sich nach

dreiðig Jahren Tagesjournalismus in leitenden Funktionen wieder aufs »Lokale« besonnen. Als gebürtiger Rheinländer hatte er

Anfang der 80er-Jahre mitgeholfen, eine Lokalredaktion im Münchner Umland aufzubauen. Diese kommunalen Erfah-

rungen hatten ihn derart fasziniert, dass er sich in seiner Diplomarbeit mit den Möglichkeiten auseinandersetzte, wie dem

Bürgerwillen in den Gemeinden mit Mitteln der direkten Demokratie stärker Geltung verschafft werden könnte.



In Gemeinschaft zusammen leben

Ziel von Integration ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig hier leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Dabei betrifft Integration Alteingesessene ebenso wie Zugewanderte – vor allem auf lokaler Ebene.

Integration kann gelingen – wenn Geflüchtete nicht allein gelassen werden, sondern Unterstützung aus der Zivilgesellschaft bekommen. Vier Erfolgsgeschichten gelungener Integration.

Geflüchteter wird Heimleiter

Hassan Aldib floh 2015 aus Syrien. Jetzt leitet er Unterkünfte für Geflüchtete im Kreis Waldshut.

Hassan Aldib ist ein Beispiel dafür, wie Integration gelingen kann. Er floh 2015 vor dem Bürgerkrieg in Syrien. In Deutschland angekommen, wurde er an der Grenze zur Schweiz in St. Blasien (Kreis Waldshut) in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht. Heute leitet er für den Landkreis Waldshut mehrere Unterkünfte. Für die Bewohner ist er ein Vorbild und für die Behörden ein wichtiger Ansprechpartner.

Seinen Arbeitstag beginnt Hassan Aldib in der Regel im Büro. Er liest seine E-Mails, spricht mit den Kollegen vom Sozialdienst und mit der Security. In den Gemeinschaftsunterkünften in Todtmoos und Wehr leben mehr als 160 geflüchtete Frauen, Kinder und Männer. Er leitet beide Unterkünfte und ist zudem für vier Unterkünfte in den Nachbarorten als Stellvertreter tätig.

»Ich mag meine Arbeit sehr. Was meine Bewohner jetzt erleben, habe ich vor sieben Jahren selbst erlebt. Ich kenne alle Schwierigkeiten, auf die man hier trifft und ich weiß, wie man diese Schwierigkeiten lösen kann.«

Wenn ein Herd kaputt geht, der Strom ausfällt oder das Internet streikt – bei kleinen Problemen repariert Hassan Aldib das schnell selbst. Bei größeren Reparaturen organisiert er einen Handwerker aus dem Ort. Einen großen Teil seiner Zeit ist er jedoch mit der Verwaltung beschäftigt.

Anmeldungen ausfüllen, Anträge stellen, Rechnungen bezahlen – das hat er gelernt und er lobt die Abläufe, wie sie in Deutschland sind. Alles sei hier klar vorgegeben und geregelt, sagt er. Wenn man die entsprechenden Schritte einhalte, dann sei das alles gut zu schaffen, findet Hassan Aldib. Der Schlüssel für die Integration sei die Sprache, betont er immer wieder.

In Deutschland angekommen, hat Hassan Aldib deshalb sofort angefangen, die Sprache zu lernen und sich zu engagieren. Er hat andere Geflüchtete bei Behördengängen und zum Arzt begleitet. Er hat in St. Blasien im Kirchenchor gesungen und sich bei den Domkonzerten ehrenamtlich engagiert.

Hassan Aldib hat sich hochgearbeitet: Er hat als Putz- und Küchenhilfe angefangen, war Rezeptionist und Buchhalter für

eine Hotelkette. Bis der Leiter des Heimes in St. Blasien ihm riet, sich auf eine freie Heimleiterstelle zu bewerben. Nun sind die beiden Kollegen.

Die Flucht mit dem Boot war schwierig und gefährlich, erzählt er. Der Bürgerkrieg habe ihn gezwungen zu gehen. Seine ganze Familie ist noch immer dort. Aber Hassan Aldib bezeichnet nun St. Blasien als seine Heimat und er hat die Deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Hassan Aldib hat sich diesen Ort im Südschwarzwald damals nicht ausgesucht, aber er will keinesfalls zurück, versichert er. In Syrien gebe es keinen Respekt und keine Menschlichkeit mehr. Und er mag St. Blasien und die Menschen hier sehr. Tatsächlich wird er überall, wo er auftaucht, wie ein Freund begrüßt. Er wolle nicht nochmal alle Freunde verlieren, wie damals 2015, sagt er mit traurigem Blick.

Zu den Leuten, die er hier in St. Blasien kennengelernt hat, gehört auch seine Frau Angel. Ihren eineinhalb Jahre alten Sohn haben sie Fabian getauft. Mit dem Namen wollen sie ihren Sohn vor Vorurteilen schützen.

Wenn Hassan Aldib seine Geschichte erzählt, wirkt er bescheiden und glücklich. Er hat in seiner neuen Heimat viel erreicht, aber einen großen Wunsch hat er noch: Er will seine und die Eltern seiner Frau wenigstens für einen kurzen Besuch nach St. Blasien holen. Die Großeltern sollen endlich ihren ersten Enkel, den kleinen Fabian, kennenlernen.

// Petra Jehle



HASSAN ALDIB IST FÜR DIE BEWOHNER EIN VORBILD UND FÜR DIE BEHÖRDEN EIN WICHTIGER ANSPRECHPARTNER.

Hilfe gegen die Personalnot

In Sachsen begleiten sogenannte Arbeitsmarktmentoren vor allem Geflüchtete

Auf der einen Seite suchen Unternehmen aus nahezu allen Branchen Auszubildende, Fach- und Arbeitskräfte. Auf der anderen Seite gibt es viele Menschen, die aus dem Ausland nach Sachsen kommen und arbeiten wollen. Wie bringt man zusammen, was zusammen gehört? Ein gelungenes Beispiel ist der Weg von Shirzada Salarzai, der 2016 aus Afghanistan nach Sachsen floh und inzwischen als Fachverkäufer beim Biomarkt Vorwerk Podemus arbeitet. Wer dem jungen Mann zuhört, merkt deutlich, er ist angekommen, wird geschätzt und fühlt sich wohl. Ein Glücksfall – sagen alle Beteiligten. Doch neben Glück war auch die richtige Unterstützung dabei. Ein wichtiger Wegbereiter waren die Arbeitsmarktmentoren Sachsen, ein vom Sächsischen Wirtschafts- und Arbeitsministerium gefördertes Programm.

Seit 2016 begleiten die Arbeitsmarktmentorinnen und -mentoren vor allem Geflüchtete auf ihrem Weg ins Berufsleben. Als Pilotprojekt gestartet, hat sich das Programm erfolgreich etabliert und wird stark nachgefragt. Die 76 Mentorinnen und Mentoren



SHIRZADA SALARZAI KAM 2015 AUS AFGHANISTAN NACH DEUTSCHLAND. NUN ARBEITET ER ALS EINZELHANDELSKAUFMANN.

sind Türöffner und Wegbereiter und können inzwischen auf mehr als 3000 gelungene Beispiele verweisen.

Vorwerk Podemus ist eines von über 1600 sächsischen Unternehmen, die gute Erfahrungen mit dem Programm »Arbeitsmarktmentoren« gemacht haben.

Allein in den vergangenen knapp zwei Jahren haben die Arbeitsmarktmentorinnen und -mentoren trotz der vielfältigen Herausforderungen, gerade im Zusammenhang mit der Pandemie, erfolgreich gearbeitet. Von Anfang 2020 bis Ende 2022 wurden 3023 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie 1370 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber beratend begleitet sowie 369 in eine Berufsausbildung vermittelt.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen sind Geflüchtete mittlerweile Teil des sächsischen Arbeitsmarktes. Jüngsten Daten zufolge sind mehr als 12000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, die in Zusammenhang mit Fluchtmigration in den Freistaat gekommen sind.

// Kaja Gneupel

Der iranische Leistungsdruck

Guter Bildungsstand, erfolgreiche Karrieren: Eingewanderte aus Iran gelten in Deutschland als »besonders gut integriert«.

Am Morgen ruft ein Iraner an. Er ist der erste an diesem Wintertag und nicht der letzte. Der junge Mann ist gerade erst von der belarussischen Grenze über Polen nach Brandenburg geflohen. Weder weiß er, wo er einen Anwalt findet, noch wie und wo er sein neues Leben beginnen kann. Deshalb ruft er Hamid Nowzari an, Geschäftsführer des Vereins Iranischer Geflüchteter. In dessen Büro in Berlin-Neukölln stapeln sich Bücher und Papiere – und immer wieder klingelt das Telefon. Seit 1991 berät Nowzari mit seinem Team Iraner:innen und Afghan:innen, die neu nach Deutschland kommen. Es sind viele.

»Kein Krankenhaus und kein großes Architekturbüro in Deutschland mehr ohne Iraner«, spitzt Nowzari scherzhaft zu, wie er die Integration von Iraner:innen einordnet. So in etwa lautet auch die weit verbreitete und zuweilen von Politikern geteilte Einschätzung von Iraner:innen in Deutschland: Sie haben fast keine sozialen Probleme und sind entweder Arzt oder Ingenieurin. Sie gelten als gebildet, erfolgreich und säkular. In Deutschland leben laut Angaben des Statistischen Bundesamts weit über 180 000 Iraner:innen. Dabei fallen Personen aus der zweiten Generation von amtlicher Seite bereits aus der Zählung.

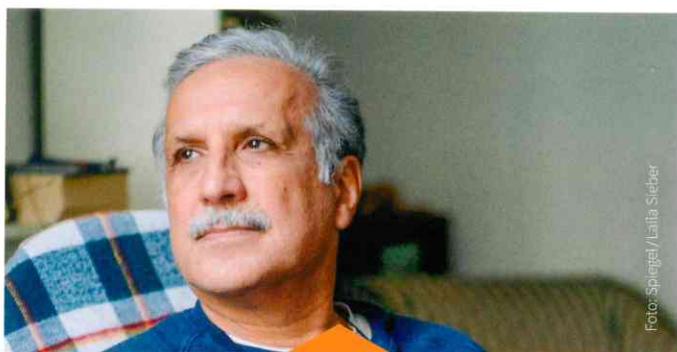


Foto: Spiegel/Laila Sieber

**HAMID NOWZARI IST GESCHÄFTSFÜHRER
DES VEREINS IRANISCHER FLÜCHTLINGE
IN BERLIN.**



Foto: ipa

**SHOAN VAISI IST EIN EHEMALIGER
IRANISCHER RINGER UND UNTERSTÜTZT
DIE PROTESTBEWEGUNG.**

Für Nowzari, angegrauter Schnurrbart und flinke Bewegungen, gibt es eine Erklärung für das, was viele dieser Menschen verbindet: »Es war bisher die gebildete Ober- und Mittelschicht, die nach Deutschland kam«, sagt er. 1979 kam es zu einem großen Umbruch in Iran. Eine landesweite Revolution beendet die Monarchie. Schließlich übernehmen konservative Geistliche unter Führung von Ruhollah Chomeini die Macht und setzen eine autoritäre schiitische Theokratie durch, die bis heute besteht. Ehemalige Verbündete werden zu Staatsfeinden erklärt, viele Menschen fliehen aus ihrer Heimat. 1980 beginnt ein acht Jahre andauernder Krieg zwischen Iran und Irak, der über eine Million Menschen das Leben kostet und viele zur Flucht zwingt. Eine weitere Welle politisch erschütterter Menschen geht Mitte der 90er-Jahre, als vielversprechende Reformvorhaben brutal verhindert werden und es zu den sogenannten »Kettenmorden« an oppositionellen Intellektuellen kommt. Ende 2010 folgt dann ein Braindrain junger Menschen aus bildungsnahen Schichten, nachdem die landesweiten Proteste von 2009 im Iran blutig niedergeschlagen wurden. Bis heute ist die politische Situation die häufigste Fluchtursache für Menschen aus Iran.

Integration kann vieles meinen, manche sprechen von vollständiger Anpassung, andere von der Aneignung bestimmter Einstellungen und Fertigkeiten wie der Sprache. Bei Iraner:innen wird oft der Bildungshintergrund als Anzeichen für eine gelungene Integration in die Mehrheitsgesellschaft aufgeführt.

Der Erfolgsdruck wirkt sich auch auf der Verhältnis von Iraner:innen untereinander aus. Shoan Vaisi ist im Landesvorstand der Partei Die Linke NRW, er ist Sozialarbeiter und ehemaliger Ringer. Der gute Ruf, der Iraner:innen voraussetzt, verstärkte ausgrenzende Tendenzen unter Migrant:innen unterschiedlicher Herkunft. »Einige iranische Geflüchtete wollen sich von anderen abheben«, sagt Vaisi. Iran ist ein Vielvölkerstaat und Perser sind nur eine Ethnie unter vielen. Vaisi, selbst iranischer Kurde, sagt, viele Perser fürchteten als Araber:innen wahrgenommen zu werden. Einmal, weil sie es ethnisch nicht sind, aber auch weil teilweise anti-arabische Ressentiments aus Iran mitimportiert werden. Außerdem bezeichnen sich manche persischen Iraner selbst als »arisches Volk« und leiten aus dieser Haltung eine ideologische Beziehung zum deutschen »Brudervolk« ab.



Foto: Privat

**AUFGEWACHSEN IN BONN TRITT PARI
MAHROKH ALS SPORTLERIN FÜR DEN IRAN AN.**

Hierarchiekonflikte unter Migrant:innen werden an anderen Stellen ebenfalls sichtbar. Die meisten Exiliranerinnen tragen kein Kopftuch. Was es bedeutet, dies doch zu tun, hat die 34-jährige Paria Mahrokh erlebt. Ihre Eltern kamen aus Iran nach Deutschland, Mahrokh wuchs in Bonn auf. Sie tritt seit 2019 als Fechterin für Iran an und wenn sie mit dem iranischen Team unterwegs ist, muss sie sich an dessen Regeln anpassen. Das bedeutet: beim Wettkampf Kopftuch tragen. »Es ist so krass, wie abwertend manche einen behandeln, wenn man plötzlich ein Kopftuch trägt – es ist wirklich grenzwertig«, erzählt sie. Exiliraner:innen sind oft säkular und sogar islamkritisch eingestellt. Das hat damit zu tun, wie die Religion in Iran politisiert und ausgenutzt wurde und das Land verändert hat.

// Lisa Neal

Lisa Neal ist seit 2022 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Theologie und Frieden und promoviert zum Thema auswärtige Sicherheitspolitik der EU in Bezug auf Iran. Sie hat Sociology, Politics & Economics an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen studiert. Es folgten ein journalistisches Volontariat und eine Zeit als freie Journalistin mit Schwerpunkt auf Westasien, speziell Iran. Diesen Beitrag verfasste sie als Stipendiatin der Karl-Gerold-Stiftung. Die Stiftung wurde vom langjährigen Herausgeber und Chefredakteur der Frankfurter Rundschau Karl Gerold gegründet und verleiht regelmäßig Fördergelder und Reisestipendien an Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten.

Musik verbindet

Vor sieben Jahren hat sich das multikulturelle Orchester Folklang in Tübingen gegründet. Heute ist es ein Musterbeispiel für gelebte Integration.

Beim Orchester Folklang kommen Laien- und Profimusikerinnen und -musiker mit verschiedenen kulturellen Hintergründen zusammen, um gemeinsam zu musizieren. Das rund 80-köpfige Ensemble des Orchesters trifft sich einmal pro Woche. Es sind Menschen aus den verschiedensten Kulturkreisen. Eine feste Zusammensetzung gibt es nicht. Wer Zeit und Lust hat, kommt. Weil man auch nie weiß, wer welches Instrument mitbringt, gleicht keine Probe der anderen.

Gegründet wurde das Projekt im Jahr der Flüchtlingskrise 2015. Folklang-Leiterin Susanne Christel wollte mit dem Angebot Menschen verschiedener Kulturkreise zusammenbringen und Kultur auf Augenhöhe vermitteln. Das Besondere: Die Teilnehmer lernen traditionelle Musik und Folkmusik ohne Noten – lediglich durch Zuhören und Nachspielen. Jede Musikerin und jeder Musiker bringt Volkslieder aus seinem Kulturkreis mit, so dass eine bunte und interessante Mischung entsteht.

Angeleitet werden die Laienmusiker von Profis. Rund fünf Musiker bilden das musikalisch-pädagogische Kernteam des Projekts: Sie entscheiden, ob sich die Stücke, die vorgeschlagen werden, zum gemeinsamen Musizieren eignen und bereiten dann die Stücke vor. Gespielt werden georgische und persische Lieder, Melodien aus Westafrika, Südamerika und vom Balkan.

Manchmal wird über die vorgeschlagenen Lieder ausführlich diskutiert. Bei einem spanischen Volkslied ging es um einen König in der andalusischen Stadt Granada. Die Stadt war einst in arabischer Hand. Die arabischstämmigen Musikerinnen und Musiker wurden stutzig und wollten wissen, weshalb ein König mit arabisch klingendem Namen in einem spanischen Volkslied auftaucht. Daraufhin wurde nachgeforscht, wann das Lied entstanden ist. »Die Mitwirkenden lernen so auch ein Stück Kulturgeschichte«, so Folklang-Leiterin Christel.

Den deutschen Musikerinnen und Musiker des Ensembles fällt es schwer, deutsche Volkslieder vorzuschlagen, beobachtet Christel. Sie müsse regelrecht dafür werben. Als das Folklang-Ensemble vor einigen Jahren das Lied »Die Gedanken sind frei« in Tübingen aufführte, wurde es ausgebuht. Damals wurde das Lied noch regelmäßig am 1. Mai von den Burschenschaften auf dem Tübinger Holzmarkt gesungen. Nach langen Diskussionen wurde das Volkslied aber doch ins Repertoire aufgenommen. Als es dann mit einem lateinamerikanischen Salsa-Rhythmus versehen wurde, gab es bei der Aufführung beim städtischen Neujahrsempfang 2016 vom Publikum sogar stehenden Applaus.

Viele Mitwirkende sind durch Flucht und Vertreibung in Tübingen gelandet. Manche Profimusiker aus dem Kernteam haben Tübingen wegen Folklang zur neuen Heimat erkoren. Die Italienerin Sofia Meleleo kam als Erasmusstudentin zu Folklang und beschloss dann, Musik zu studieren. Eine Akkor-

deonspielerin hat durch das Ensemble eine neue Familie gefunden. Zu der gehört auch Christóbal Araya Altamirano, Sopran- und Tenorsaxophonspieler aus Chile. Er kam nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin wieder nach Tübingen. Durch Folklang hat er schnell Anschluss gefunden, wichtige Freundschaften seien entstanden.

Bis 2017 wurde das Orchester, das kein Flüchtlingsprojekt sein will, vom Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Stadt Tübingen gefördert. Seither ist es ein Projekt des Vereins KlangFolk e.V. und finanziert sich über Sponsoren und Spenden.

// Anne Schmidt

www.folklang.de





Die unbekanntenen Deutschen

Eine große Studie widmet sich der Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Eine Erfolgsgeschichte, auch durch eine großzügige Politik.

Von *Andrea Dernbach*

Sie sind die zweitgrößte Gruppe Eingewanderter, dicht hinter den Türkeistämmigen: Die 2,6 Millionen Aussiedler- und Spätaussiedler:innen, also jene, die seit den 1950er-Jahren als deutsche »Volkszugehörige« – so die Formulierung im Gesetz – in die Bundesrepublik kamen, weil sie aus teils jahrhundertalten Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa vertrieben wurden oder dort unter kommunistischer Herrschaft nicht mehr leben wollten. Nach dem Fall der Mauer kamen auch Menschen aus der Sowjetunion dazu, unter anderem die jüdischen Kontingentflüchtlinge.

Trotz der großen Zahl sind sie fast unsichtbar. Jedenfalls hat sich die Forschung in den letzten zehn Jahren nicht mehr

mit ihnen beschäftigt – und auch Politik und Öffentlichkeit nicht. Dabei kommen nach wie vor Jahr für Jahr einige Tausend ins Land, »etwas unter dem Radar«, sagt Jan Schneider vom Sachverständigenrat Integration und Migration (SVR). 7 000 Menschen waren es allein letztes Jahr.

Zusammen mit der Forschungsabteilung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat der SVR, der seit 2020 den Rang eines Rates der Weisen der Bundesregierung für Migrationsfragen hat, diese große Gruppe im vorigen Jahr unter die Lupe genommen. Die Studie heißt »Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern« und konnte erstmals eine große und nach Herkunftsregionen differenzierte Datenmenge auswerten.

Frustrierte Jugendliche

Die Spätaussiedler sind nämlich, so BAMF-Wissenschaftler Axel Kreienbring, nach wie vor »ein relevanter Teil der Arbeit« seiner Behörde und Zielgruppe von deren Integrationsprogrammen – und dies, obwohl ihre soziale Integration »als gelungen gelten kann«, wie Nils Friedrichs formuliert, einer der Autoren der Studie. Kriminelle junge »Russen«, die in den 1990er-Jahren die Schlagzeilen beherrschten, sind lange daraus verschwunden. Statistisch waren sie sowie so damals kaum fassbar.

Die Kategorie »Migrationshintergrund« gab es damals noch nicht, die jungen Leute waren schlicht Deutsche. »Jugenddelinquenz in einem Ankommensprozess«, nennen es die Wissenschaftler – einige von ihnen erforschten das Phänomen

seinerzeit selbst: »Die Leute sahen sich als Deutsche, fühlten sich aber »fremd und schlecht behandelt«, sie erlebten Diskriminierung«, sagt Schneider. Das habe sich inzwischen »ausgeschlichen«, einerseits durch Integration in Deutschland, andererseits weil sie älter wurden.

Die Menschen, die mit einer deutschen Herkunftsgeschichte – und mit der Sicherheit, als Deutsche zu gelten und einen deutschen Ausweis zu bekommen – in den letzten Jahrzehnten in die Bundesrepublik kamen, leben nach wie vor vor allem im Westen der Bundesrepublik, haben den Daten zufolge starke Bindungen an Deutschland, gute bis beste Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund und informieren sich vor allem aus deutschen Medien, noch häufiger als andere Eingewanderte, deren bevorzugte Zeitungen und Sender ebenfalls deutsche sind.

Für russischsprachige Medien sind die, die aus dem Sprachraum kommen, zwar teils erreichbar, aber keineswegs in ihrer Mehrheit. Ihre Sprachkenntnisse schätzen die meisten als gut ein, und nur eine kleine Minderheit von vier Prozent fühlt sich stärker ihrem Herkunftsland verbunden als Deutschland. Von Diskrimi-

nierungserfahrungen berichten sie kaum noch, »Russlanddeutsche« beziehungsweise die, die aus der früheren Sowjetunion kamen, etwas häufiger als Menschen mit einer polnischen, rumänischen oder baltischen Herkunftsgeschichte. Sie sind mit der deutschen Politik zufrieden und sehr zufrieden mit der Demokratie.

Mehr Eigenheime, mehr Ehen

Die Studie enthält viele weitere Details über das Leben der 2,6 Millionen, die in den letzten 70 Jahren in die Heimat von Vorfahren zogen, die das Land teils Jahrhunderte zuvor verlassen hatten und die sich, so verlangte es das Bundesvertriebenengesetz, nach wie vor »zum deutschen Volkstum« bekannten: Sie leben vor allem in mittleren Städten, in Metropolen zieht es sie ebenso selten wie in Kleinstgemeinden oder aufs Land. Sie wohnen häufiger als der deutsche statistische Durchschnitt in den eigenen vier Wänden, sind öfter verheiratet und leben in Familien.

Erst in der Generation der Mittzwanziger sind ihre Lebensformen nicht



Die Studie kann heruntergeladen werden unter www.bamf.de



Hintergrund

Von 1950 bis Ende 2022 sind in Deutschland fast 4,5 Millionen deutsche Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa sowie aus dem asiatischen Teil der früheren Sowjetunion aufgenommen worden. Die meisten kamen aus Polen, Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion, hier vor allem aus Kasachstan. Heute kommen fast alle Aussiedler aus der früheren Sowjetunion.

Wer Aussiedler werden will, muss deutscher Abstammung sein, sich zur deutschen Volksgruppe bekennen und durch deutsche Sprache, Erziehung und Kulturtradition geprägt sein. Vor allem muss er noch immer unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges leiden, also ein Kriegsfolgeschicksal haben.

Deutsche Vorfahren, die zur Zeit Katharinas der Zweiten nach Russland gingen, genügen also heute nicht, um einen Aufnahmebescheid nach Deutschland zu erhalten. Schon Bundeskanzler Konrad Adenauer, der die letzten deutschen Kriegsgefangenen 1955 heimholte, setzte sich für die Freiheit der Russlanddeutschen ein. Aber die kommunistische Führung in Moskau zeigte kein Entgegenkommen, sie meinte, die Russlanddeutschen müssen arbeiten zum Ausgleich für die Schäden, die die deutsche Armee im Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion angerichtet habe.

Alle Versuche, aus den Verbannungsgebieten herauszukommen, blieben bis auf wenige Ausnahmen erfolglos,

bis 1988 zur Regierungszeit von Präsident Gorbatschow mehr Ausreisen möglich wurden. Darum dauert das Kriegsfolgeschicksal so lange an.

Alle Voraussetzungen, um einen Aufnahmebescheid nach Deutschland zu erhalten, werden von den zuständigen Behörden in Deutschland genau geprüft.

Der deutsche Aussiedler, der alle Voraussetzungen für einen Aussiedleraufnahmebescheid erfüllt, kann nach unserem Recht seinen russischen Ehepartner mitbringen, auch wenn dieser nicht die Eigenschaft als deutscher Aussiedler selberlangen kann. Das ist der Hauptgrund dafür, dass in manchen Familien der Russlanddeutschen so viel Russisch gesprochen wird.